

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für 10 Hefen monatl. 5 M. durch Boten bezogen monatl. 5,50 M. durch auswärtige Boten monatl. 5,75 M. bei Vorbestellung monatl. 6 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 S. Postfach-Posto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Südstr. 4. Für unerbetene Außenbestellungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tagel. Mittl. Spatrum 30 Wfa. und der Tagel. Mittl. Restraum Nr. 1. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besteller auf keine Anzeigen in Zahlung genommen. Abrechnung 50 Wfa. Porto besonders. Norm. Anzeigenblatt 11 Uhr vorm. Fernruf. 100. Geschäftsstelle Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 215.

Mittwoch, den 14. September 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Die bayerische Krise ist noch ungeklärt. Die Reichsregierung gegen eine Neubestimmung v. Raabes. Der Reichswirtschaftsrat begann die Beratung über die neuen Steuererlasse, insbesondere über die Befreiung der Sachverhalte. Auf der Spur der Mörder Erzbergers. Es sind neue kommunistische Unruhrspläne und militärische Organisationen entdeckt.

Zuspitzung des Konflikts mit Bayern.

Beratungen des Reichskanzlers mit den Parteien. In der Reichskanzlei hat gestern eine mehrstündige Beratung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Koalitionsparteien des Reichstages stattgefunden. Ihr Gegenstand war die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Es lagen der Reichskanzler keine offiziellen Mitteilungen aus München über die Beschaffung des künftigen Bundeskanzlers vor. Es kamen die Berichte aus München zur Sprache, wonach sich innerhalb der Bayerischen Volkspartei eine starke Strömung gegen den Führer Scheinert geltend und sehr entgegenkommender Verhalten gegenüber der Reichsregierung bei den Berliner Verhandlungen geltend machte und das Bestreben, Ministerpräsident Raab und das ganze bayerische Kabinett im Amt zu erhalten.

Für die Reichsregierung ist es von größter Wichtigkeit, ihre prinzipielle Bedenken, besonders gegen die zweite Forderung (Übertragung der Exekutivgewalt ausschließlich an die bayerischen Landeszentralbehörden) zurückzuführen, wenn in Bayern eine Regierung am Werke wäre, von der man die sofortige Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten voraussetzen dürfte. Von Ministerpräsidenten Raab könnte man nach seiner ganzen Gesinnung und nach seinem ganzen bisherigen Verhalten das nicht erwarten. In seiner Hand könnte die Verordnung, die zum Schutze der Republik erlassen worden ist, eher ein Instrument zur noch schärferen Befestigung der republikanischen Elemente in Bayern werden. In demselben Grade, in dem die Demission Raabes eine Entlassung in dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern bedeutete, würde ein Verbleiben der bisherigen Koalition in Bayern und besonders des Ministerpräsidenten v. Raab und des Justizministers Dr. Hoff in der gegenwärtigen Situation einer Verhärtung und bedenklichen Aufspinnung des Konfliktes gleichkommen. Man könnte einen beträchtlichen Konflikt der Bayerischen Volkspartei nur als eine Kampfanlage an das Reich betrachten. Auf eine rasche Schlichtung des Konfliktes zwischen Reich und Bayern kann man aber jedenfalls nicht mehr rechnen.

Die bayerische Regierungsbildung.

Ueber die neue Regierungsbildung kann zur Zeit angenommen werden, daß eine bayerische Koalition ausbauen kommt, die selbst wenn die Mittelpartei nicht mehr daran teilnimmt, sich noch auf eine kleine Mehrheit im Parlament stützen könnte. Da die Mehrheitssozialdemokraten an ihren Eintritt außerordentlich weitgehende Bedingungen stellen würden, ist mit einem solchen wohl kaum zu rechnen. Die bürgerlichen Parteien haben mit Ausnahme der demokratischen liberalen Partei in hohen Dingen das Lob von Raab verdient und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß er zurücktreten würde müßte.

„Zurück zu Raab.“

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz erklärt, die beste Lösung der bayerischen Krise liege in der Neubestimmung Raabes. Unter seiner Führung würde sich mit Leichtigkeit die laienhafte Regierungsbildung zusammenfinden, die den politischen Verhältnissen Bayerns am besten entspricht. Der „Bayerische Arbeiter“, das führende Blatt der Bayerischen Volkspartei, erklärt, die Mehrheit des Parlamentes habe etwas an der Regierung zu arbeiten, und daß fastlich nur keine arbeitsfähige Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der Münchener Ausschuss der Deutschen Volkspartei hat einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt: „Zurück zu Raab!“

Erzbergers Mörder bekannt.

Angebl. Mitwisser verhaftet.

Der Staatsanwalt in Oppenau hat als Mörder Erzbergers zwei bisherige Einwohner Münchens ermittelt und fahndet nun nach ihnen. Es handelt sich um den 23-jährigen Kaufmann Heinrich Schulz aus Saalfeld a. d. S. und den 27-jährigen Studenten Heinrich Tiffelen aus Kün.-Lindenthal.

Beide Mörder sind früher Offiziere gewesen und gehörten seinerzeit der Brigade Ehrhardt an. In Verbindung mit den Ermittlungen der Offenburger Staatsanwaltschaft hatte die Abteilung 1 des Berliner Polizeipräsidiums mehrere Mitläufer einer in Groß-Berlin wohnenden Familie festgestellt. Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Führer zur See, der 1919/20 zusammen mit den Mördern bei der Brigade Ehrhardt zusammen Dienst getan hatte, fanden in näherer Beziehung zu den Tätern. Drei Wochen vor dem Mord waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 6. bis zum 11. August bei den Festgenommenen gewohnt. Die Staatsanwaltschaft forderte mehrere Photographien der Mörder und mehrere schriftliche Aufzeichnungen zutage. Die Vernehmung der Festgenommenen hat ergeben, daß sie ihrer politischen Gesinnung nach auf rechtsradikale Ideen seien und daß sie die Verhaftung des Erzbergers auf das Schärfste verurteilten. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder eine Mitwisserschaft noch eine Mitschuld noch eine Mitwirkung nachgewiesen werden konnte, sind sie am Dienstauftrag abgemeldet und freigelassen worden. Sie stellen ebenfalls in der Rede, sowohl von dem Mordbrot als auch von der Verurteilung zu haben. Sie geben aber zu, nach der Tat abgereist zu haben, daß Schulz und Tiffelen die Mörder wären. Es handelt sich um eine Arbeiterwitwe mit ihrem Sohne und mehreren Töchtern.

Weitere Einzelheiten über die Mörder.

Wie jetzt festgestellt wurde, haben die Mörder Erzbergers in München gewohnt und sind von hier aus am 12. August nach dem Tatort abgereist. Sie sind erst nach dem 20. August 1921 in Saalfeld a. d. S. angekommen. Schulz und dem am 27. November 1921 in Kün.-Lindenthal abgehorenen Studenten Heinrich Tiffelen. Man wurde erst auf sie als vermeintliche Täter dadurch aufmerksam, daß der Besitzer des Gasthauses „zum Strichen“ in Oppenau sich einer Gasse erinnerte, die unter den hier angelegenen Anlagen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnen und nach der Tat vertrieben. Danach kamte auf Grund der umfangreichen Erhebungen die Personalkarte stichgenau festgestellt werden. Die besonderen Merkmale, das verklärte Ohr bei Schulz und die abnorme Rosenbildung bei Tiffelen, die angezogen werden konnten, führten auf die Mörder Spur der Mörder. In München würden sofort Hausdurchsuchungen in der Wohnung der beiden angesetzt, die für die Befragung erhebliches Material lieferten.

Man nimmt an, daß die beiden Mörder am 11. August Bayern verlassen haben, da sie ihre Festnahme befürchteten. Sie sind vermutlich ins Ausland geflüchtet. Aus den angeführten Korrespondenzen geht hervor, daß die Mörder Erzbergers rechtsradikalen Kreisen angehört. Schulz hat eine richtige kaufmännische Lehre durchgemacht, seit Kriegsende aber keine Stellung mehr erlangt. Die Marinerevanche von 1918 bezeichnet einen Oberleutnant Heinrich Tiffelen, der im Jahre 1920 verabschiedet worden ist.

Raah! Mit der überwältigenden Mehrheit des bayerischen Volkes stellen wir den Landtag das dringende Verlangen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Mörder Erzbergers zu verhaften und zu bestrafen. Die Reichsregierung ist ersucht, die Mörder Erzbergers zu verhaften und zu bestrafen. Die Reichsregierung ist ersucht, die Mörder Erzbergers zu verhaften und zu bestrafen.

Eine gleichmäßige Handhabung der Ausnahmeverordnung.

Die Interpellation der Deutschen Volkspartei. Die Reichsregierung ist ersucht, die Mörder Erzbergers zu verhaften und zu bestrafen. Die Reichsregierung ist ersucht, die Mörder Erzbergers zu verhaften und zu bestrafen. Die Reichsregierung ist ersucht, die Mörder Erzbergers zu verhaften und zu bestrafen.

Grenzen der Lohnerhöhungen.

Von Dr. Wilhelm Seelmeier.

Deutschland steht im Begriff einer neuen Leistungswelle. Die Erhöhung des Brotpreises war nur das Signal zum Anfang der neuen Bewegung. Die Indizes für die Lebenshaltung sind im letzten Monat wiederum bedeutend gestiegen, und bald wird man bei jedem Einkauf das Fortschreiten der Preise feststellen können. Es ist mühsam, heute schon darüber Berechnungen anzustellen zu wollen, wie weit diese Bewegung gehen wird. Aus der Tatsache, daß sie vorhanden ist, haben sich in den letzten Wochen die unvermeidlichen Folgen ergeben. Alle Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben Forderungen nach Lohnerhöhungen erhoben. Bei dieser Gelegenheit soll nicht übersehen werden, daß diese Forderungen heute im wesentlichen zum Teil einen anderen Charakter als noch vor Jahresfrist. Es kann festgestellt werden, daß das Moment der Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute im Vordergrund steht. Mit der Waffe des Streiks wird zwar noch gekämpft, aber vor der wirklichen Anwendung dieses äußersten wirtschaftlichen Kampfmittels in großem Umfang hat man sich, durch die Erfahrungen der letzten Jahre, abgemacht, eine gewisse Scheu bekommen.

Es soll nicht über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Lohnerhöhungen und über das Ausmaß der Forderungen gesprochen werden. Es ist lediglich auf eine große Gefahr hingewiesen und auf ihre Folgen aufmerksam gemacht, die unbewußt eintreten können, wenn die Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gehälter unabhängig von der Einfachheit in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erhoben werden.

Es ist eine Tatsache, die wir in den letzten Jahren erfahren haben, daß alle Erhöhungen der Selbstkosten der Produktion auf die Verbraucher der Produkte abgewälzt werden und abgewälzt werden müssen. Das dadurch die verlangten Gehalts- und Lohnaufbesserungen zum allergrößten Teil sofort wieder aufgehoben werden oder mehr als das, dürfte ohne jeder denkende Arbeiter wissen. Die berufliche Schranke ohne Gehalt breitet sich unmerklich weiter. Jedoch diese Schranke hat sehr wohl ein Ende, und wir sollten alles tun, um zu verhindern, daß sie überdreht wird. Es ist nicht damit abgesehen, daß man einfach eine Lohnerhöhung gibt, die Befolgung, die dadurch entfallen ist, berechnet und den Prozentsatz auf die Preise der Produkte aufschlägt. Wenn wir allein in der Welt verblieben, könnte man diese Methode ja schließlich ohne Gefahr weiter fortführen, da es schließlich gleichgültig ist, ob man für ein Produkt 1000 oder 10000 M. bezahlt. Aber die Existenz unserer Wirtschaft hängt in erster Linie davon ab, daß wir dem Ausland gegenüber auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Zeichnen wir die Preise für unsere Erzeugnisse ohne Bedenken weiter, so wird es gar nicht mehr lange dauern, bis wir teurer produzieren als das Ausland. Sowie dieser Zeitpunkt erreicht ist, hängt für uns der kritische Moment an. Müssen die Lohnerhöhungen und Bezugssteigerungen der Selbstkosten trotzdem weiter gehen, so wird nicht anderes übrig bleiben, als, da die Erträge der Wirtschaft aufgebraucht werden, als das Kapital des deutschen Volkswirtschafts heranzuziehen. Wir werden um noch weit mehr als bisher unzulänglichkeiten verkaufen oder besparen müssen, um das nötige Geld für die Produktionskosten zu verwenden. Wir werden ganz allgemein in derselben Lage sein wie ein Mann, der ohne sonstigen Einkommen nicht nur seine Ähnen verbraucht, sondern von seinem Kapital Summen abschöpft, und werden als Volk dem unvermeidlichen finanziellen Ruin entgegengehen, wie der Einzelne bald vor dem persönlichen Bankrott stehen wird.

Geht es bei den Steuererlagen der Regierung ist in der Öffentlichkeit des Lesers auf die Gefahr hingewiesen worden, die droht, wenn die Steuern nicht nur die Erträge, sondern auch das Kapital der deutschen Wirtschaft in Anspruch nehmen. Diese Gefahr ist unabweislich groß, aber trotzdem nicht mit dem Zustand zu vergleichen, der eintreten würde, wenn die Produktionskosten sich so erhöhen würden, daß die Teile unseres Volkswirtschafts aufbrechen würden. Denn die Anteile und Gewinne, die der Staat aus der geplanten Erhöhung der Sachwerte ziehen will, sollen doch schließlich nur aus der Privathand in die Hand des Staates gehen. Diese Werte würden also der Volkswirtschaft im Ganzen nicht verloren zu gehen brauchen. Es soll nicht vergessen werden, hier einzufügen, daß dieses Verfahren nur in der Theorie im weitestgehend ungeschädlich ist, während es in der Praxis infolge Übertragungsbedingtheit Teile des deutschen Volkswirtschafts aus dem Ausland doch ebenfalls sehr ernste Gefahren ergeben werden. Die Quantität des Kapitals der Wirtschaft infolge von zu hohen Produktionskosten würde jedoch

nichts anderes als ein nicht wiedererzwingender Verlust eines Teiles unserer Volkswirtschaftsbedeutung.

Die Folgen dieser Maßnahme würden sich sofort in der Unfähigkeit, noch etwas zu exportieren und sehr bald in dem Stillstand unserer gesamten Produktion, in der vollkommenen Verarmung und in dem Übergang unserer Bergwerke, Hütten und Fabriken an das Ausland zeigen. Nicht der Erschwerer und der gute Jugender, nicht der Großunternehmer und Organistoren würde diese Folgen zuerst am eigenen Leibe fühlen, sondern vor allem die große Masse der Arbeiter usw. Einzelne hochqualifizierte Arbeiter werden immer in der Welt ihr reichliches Auskommen finden, während die Masse der Hand- und Kopfarbeiter einer unermesslichen bösartigen Verarmung entgegengehen würde.

Die früher bestandene Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen ist heute schon fast völlig ausgeglichen. Die Gefahr, daß die oben geschilderten Zustände wirklich eintreten können, liegt gar nicht so fern. Sie kann nur vorgebeugt werden, wenn die Selbstbewegungen unserer Lage und in der Zukunft nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern mit wirtschaftlichen Einsichten und nach allgemein-wirtschaftlichen Notwendigkeiten geführt werden.

Steigen infolge der Forderung von Zölle und Selbstkosten so hoch, daß sie mit Rücksicht auf die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erheblichen Preissenkungen für unsere Produkte nicht mehr gestattet werden können, so muß jede Lohnbewegung zum Stillstand kommen. Es bleibt kein anderer Ausweg übrig, als daß jeder Kopf- und Handarbeiter für den Erwerb des notwendigen Lebensunterhaltes eine Mehrleistung an Arbeit vollbringt. Ehe der Arbeitsstand und die gesamte Durchschnittsleistung nicht wieder erhebliche Mehrleistungen zeigt, werden wir ohnehin auf eine Senkung unserer Verhältnisse nicht rechnen dürfen.

Wenn bis zur Ankunft unbekannt dafür Sorge zu tragen, daß eine allerschlimmste Verbindung der Unabnehmerordnungen gegen jede weitere Wiederaufnahme stattfinden?

Die drückende Last der Arbeitslosigkeit ist eine ständige Gefahr im Lande eingeschoben.

Der „Messbacher Anzeiger“ weiterhin verboten.

Selbstmord mit militärischer Aufstellung. Auf das erste Verbot des „Messbacher Anzeiger“, das durch die Einführung des Reichsstaatsanwaltes aufgehoben wurde, erfolgte das zweite Verbot desselben Blattes auf Grund eines Tatbestandes, der durch die Einführung des Reichsstaatsanwaltes nicht betroffen wird. Dieses zweite Verbot des Reichsstaatsanwaltes des Anzeiger bleibt heute noch in Kraft.

Württemberg gegen das Verbot von Regimentsfeiern.

Dienstag vormittag erschienen im württembergischen Staatsministerium Vertreter der Sozialdemokratie, der Unabhängigen und der freien Gewerkschaften und verlangten von der württembergischen Regierung Maßnahmen gegen die hochsittlichen Regimentsfeiern. Obwohl der Staatspräsident wie der Ministerpräsident des Anzeiger konnten mit Rücksicht darauf, daß die Regierung bisher keine Klagen über verfassungswidrliche Auswüchse bei diesen Feiern vorgebracht wurden, sich nicht dazu entschließen, den Wünschen der Deputation zu entsprechen. Sie setzten sich auf den Standpunkt, daß sowohl nach rechts wie links noch kein solcher Maß entschieden werden müsse. Man habe erst vor einigen Tagen eine kommunistische Demonstration gebildet, obwohl die Kommunisten den Sturz des Staates öffentlich bestritten. Solange bei den Regimentsfeiern nicht der Nachweis erbracht ist, daß sie verfassungswidrliche Tendenzen vor sich weisen, könne die Regierung keine Maßnahmen ergreifen, auf sie sei keine Anwendung zu finden.

Wintiger Zusammenstoß in Gießen.

Bei der Auflösung einer auf dem Marktplatz in Gießen unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung, bei der die Demonstrationen auf die Sicherheitsverhältnisse schlossen und diese sich gegen die Anwesenden richtete, wurde einer der Demonstranten gefaßt und sieben verwundet. Die Sicherheitswehr hatte einen Verwundeten.

Die neuen Steuergesetze.

Beginn der Beratung im Reichswirtschaftsrat.

Am Dienstag trat der Reichswirtschaftsrat in die Generaldebatte über die Steuergesetze ein. Der Berichterstatter gab zunächst eine Übersicht über die Tätigkeit des Reparationsausschusses. Die Einigung, so führte er aus, beruht auf einem Kompromiß, wobei nicht daran vorbeizugehen ist, daß die Arbeitgeber und insbesondere die Bau- und Wirtschaftskräfte sich über den Standpunkt haben. Um so verständlicher ist es, daß die Wirtschaftskräfte einmütig gefaßt wurden. Die Vermögen sind bereits in Anspruch genommen, daß der neue Antrag Willfälligkeit über die Dienstvermächtnisse der Geldwerte für die Erfüllung der Reparationspflichten sei am 1. April 1920 erfüllt werden würde. Dieser Antrag mußte daher zunächst noch einmal an den Reparationsausschuss zur Beratung kommen. Die weiteren vorliegenden Entschlüsse Willfälligkeit-Hilfsvertrag lautet:

Soll die deutsche Wirtschaft nicht dauernden Schaden erleiden, kann die Deutschland obliegende Verpflichtung nur aus den Überflüssen der Wirtschaft erfüllt werden. Dazu ist die Aktivität der Zahlungsbilanz erforderlich. Wenn sie erreicht ist, ist bei der katastrophalen Finanzlage des Reiches eine

Veranschlagung der Geld- bzw. Sachwerte der deutschen Wirtschaft unvermeidlich. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat sollte feststellen, die Reichsregierung zu erwidern einen Entwurf vorzulegen, durch den die Zahlung der Sachwerte ohne Erschütterung des Fundaments der deutschen Produktion der Erfüllung der Reparationspflicht dienlich gemacht werden kann.

Der Arbeitsminister Herr Willfälligkeit erklärte sich mit der Bewegung der Entschlüsse an den Reparationsausschuss einverstanden. Er gab dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch die Arbeitgeber so bereitwillig auf sich genommen haben. Mit der 80 Milliarden, die Finanzminister herausgerechnet haben, ist es nicht getan. Der Reichswirtschaftsrat hat den Gesamteindruck abgegeben, daß das Reich mit 100 Milliarden, andere Sachverständigen haben ihn auf 150 Milliarden geschätzt. Inwieweit der neue Entwurf sich auch mit diesen Zahlen summe noch nicht ausmachen können. Unser Ziel muß daher schleunigst und eingehende Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats sein.

Wenn man (Gewerkschaftsbund der amnestierten) nicht in der ganzen Steuerbewegung nur immer wieder eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer, Stadtrat Sumere (Vertreter der Bauarbeiter) vernimmt in den Ausführungen des Alts. Willfälligkeit und der übrigen Arbeitnehmer-Vertreter eine nähere Angabe des Weges zur Erfüllung der Sachwerte. Der Antrag Willfälligkeit ist an dem 1. April 1920. Wenn die Erlöse der neuen Steuern nicht zur Deckung der Reparationskosten ausreichen, so beweist das, daß die übernommenen Verpflichtungen die Leistungsfähigkeit des Reiches übersteigen.

Hauptgeschäftler Bernhart: Wir sind der Ansicht, daß die vom Reich übernommenen Verpflichtungen unsere Leistungsfähigkeit übersteigen. Jeder kommt es hier nur auf die Meinung der Geschäftsführer an. In der Sache hat Herr Willfälligkeit recht. Über die Form seiner Anträge läßt sich streiten. Darunter (freie Verufe) wendet sich gegen den Antrag Willfälligkeit, der ebenso wenig zum Ziele führen würde, wie dessen Aben von der Weltwirtschaft.

Göhen (von der Regierung beraten) bittet, daß Sachwert der Goldwerte endlich vermindert zu werden, es gäbe keine Goldwerte, sondern nur Sachwerte in Form von Aktien oder Anleihen.

Herz über die politische Lage.

Auf der Tagung des Landesverbandes Berlin der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärte der Reichstagsabgeordnete Herz u. a. bezüglich der Reichsstaatsbankrotts: Es wird der Tag kommen, an dem wir wegen dieser Reichsstaatsbankrott vor einer Ministerkrise stehen werden. Wir werden dann nicht von der Seite abweichen, die wir uns in schärferer Opposition gegenüber dieser Regierung ansetzen haben. Was die Deutsche Volkspartei betrifft, so haben wir jetzt zu unserer Verfassungsausschüsse, daß wir uns ihnen und unserer Standpunkt gegenüber der Verfassung kein Unterschied mehr besteht. Beide Parteien haben erklärt, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen und daß sie diese wahren wollen werden. Die beiden Parteien lehnen es aber ab, die verfassungswidrigen Verhältnisse anzuerkennen. Ferner betont Herz: Der einzige Unterschied, der zwischen uns und Sozialdemokratie besteht, ist, daß er für die Volkspartei der Mitte steht, während wir die große Mehrheitsmeinung wollen. Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokraten einen neuen Krieg bedeuten würde, wenn die Deutschen einen neuen Krieg führen.

Kommunisten-Pläne.

Ein Berliner Abendblatt hat dieser Tage neue Mitteilungen über die militärische Organisation der Kommunisten gemacht, die, wie unser Berliner Vertreter erfährt in den nachfolgenden Kreisen teilweise übertrifft, weil das in der Aktion militärische Material den Behörden in diesem Umfang nicht bekannt gewesen ist. Anstatt der jetzt bekannt gewordenen Tausende wird die Kommando in schärferer Weise (?) den kommunistischen militärischen Organisationen zu Leibe gehen. Falls die Kommunisten auch verstehen sollten, die jetzt entworfenen Pläne der Organisationen zu verfeinern, so können doch nimmermehr bestimmte Tausende vor, daß sich ihre

Umstrukturierungen nicht wegzulassen lassen. Jedenfalls erkennt man die große Gefahr der anheimelnden kommunistischen Vorbereitungen und versucht auch, festzustellen, aus welchen Quellen diese militärische Organisation genährt wird.

Ende des Leipziger Transportarbeiterstreiks.

Die seit etwa zwei Wochen streikenden Transportarbeiter Leipzigs haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie beschlossen hatten, den tariflich festgesetzten Wochenlohn von 325 M anzunehmen.

Annahme des Schiedsgerichts durch die Berliner Arbeiter und Angestellten.

Die Urabstimmung unter den holländischen Arbeitern und Angestellten über den Schiedsgerichts des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hat eine Mehrheit für die Annahme ergeben.

Keine Streikgefahr im Verban.

Auf der Reichskonferenz der im Verban tätigen freien Arbeitgebern in Hannover wurde die vom Vorstand vorgelegte Entschlüsse, die die Zustimmung zu dem entsprechenden Lohnantrag enthielt, unverändert mit 154 gegen 71 Stimmen angenommen. Nach diesem Ergebnis darf die Gefahr eines allgemeinen deutschen Verbanstreiks als abgewendet gelten.

Ausfahrt der deutschen Hülfskreuzer nach Ausland. Das Sanitätsschiff „Trion“, das die deutsche Hülfskreuzer nach Ausland bringen soll, hat am Dienstag den Seltiner Hafen verlassen.

Der deutsch-amerikanische Frieden.

Die Verhandlungen der Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages durch die Vereinigten Staaten ist lediglich auf parlamentarische Umstände zurückzuführen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach Ende September oder Anfang Oktober der deutsch-amerikanische Friedensvertrag seitens Amerikas ratifiziert wird. Schon jetzt wird seitens der amerikanischen Regierung an die Neuverhandlung der amerikanischen Volkstakt in Berlin gearbeitet. Auch die deutsche Regierung ist ausnahmslos dabei, die Volkstakt für Washington anzunehmen zu stellen.

Noch mehrere Wochen Sanktionen.

Nach einer Information, die der Verein der Industriellen des Regierungsbüros Köln aus Köln erhalten hat, ist mit der Fortdauer der Sanktionen mindestens noch mehrere Wochen zu rechnen, da die Verdrängungen im Lebensmittelmarkt zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben.

An einer Sitzung des Provinzialparlamentes der rheinischen Zentrumspartei wurde einmütig eine Entschlüsse angenommen, in der es heißt: Wenn die zum 15. September angetragene Aufhebung der Sanktionen nicht stattfinden sollte, wird sich in dem Deutschen Lande die Lebensmittelversorgung nach der Rote und das Reichsgebiet die dänische Wirtschaftliche Lage zu einem Zustand der Not und Hungers führen. Es wird müssen wir dann selbst die Verantwortung übernehmen, die in dem besetzten Gebiet eine unerbittliche Dürre bedeuten, aufzuheben werden, um die über die Grundbesitzer entstehen.

Die „friedliche Durchdringung“ der Pfalz.

Der Sturm auf das Rathaus zu Speyer unter französischer Schutze.

Der Sturm auf das Rathaus zu Speyer hat unter hohem französischer Protektion stattgefunden. Der Demonstrationsführer sprach seinen Komplizen nach dem Sturm im Auftrag des französischen Staatskommandanten volle Anerkennung für die mitternächtige (!) Haltung aus. Beim Sturm auf das Rathaus fanden die photographischen Apparate von französischen Offizieren und ihren Damen schon längst bereit, um die Szene festzuhalten. Die bekannte französische Zeitschrift „Illustration“ brachte sie schon in wenigen Tagen in großer Ausmachung heraus. Als die zwei Führer der Demonstration verhaftet wurden, sprach sie die Drohung aus, wenn einem von uns etwas passiert, kann der Regierungspräsident seine Koffer packen und über den Rhein gehen. Als einer der Führer aus der Haft zurückkehrte, ließ sein Anzug im Triumphzug durch die Hauptstraßen zum Sitz der französischen Behörden.

Vor der Ratifizierung des Wiederaufbauvertrages.

Die Reichsregierung wird in einer der nächsten Kabinettsitzungen zu dem Wiederaufbauvertrage Stellung nehmen. Die Ratifizierung des Wiederaufbauvertrages wird voraussichtlich zuerst von deutscher und dann von französischer Seite erfolgen. Da der Wiederaufbauvertrag mit Wirkung vom 1. Oktober vorgehen ist, kann man annehmen, daß die Ratifizierung noch vor diesem Termin geschehen wird.

Ein Verbrechermord in Oberhessen.

Bei der Fortsetzung der Säuberungsaktion im Stadt- und Landkreis Reutlingen wurde in verstreuten Stadtvierteln eine Razzia abgehalten, bei der bei Hundstuden Straßen in einer Gasse ein Verbrechermord gefunden wurde. Verhaftet wurden acht Personen, darunter drei Weiber. Einer der Verbrecher wurde auf der Stelle erschossen. Es handelt sich um den betriebligen Wardenführer Woschnitz aus Tübingen.

Der hilflose Völkerbund.

Verfahren in der weisungarischen Frage. Auf den Schritt Österreichs beim Völkerbund wegen des ungarischen Angriffs auf österreichisches Boden hat der Völkerbund geantwortet, daß die Völkervereinigung sich nicht der Angelegenheit befähigt, er insbesondere von einer Intervention absehen sollte. Nichtsdestoweniger werde er die Angelegenheit „im Auge behalten.“

Die italienische Regierung gegen ein bewaffnetes Eingreifen in Westungarn.

Die italienische Presse stellt im Hinblick auf die Gerüchte von einer bewaffneten italienischen Intervention in Ungarn ausdrücklich fest, daß ein bewaffnetes Eingreifen Italiens in den Streit um das Burgenland ausgeschlossen sei.

Die Tschekoslowakei beunruhigt.

Der Minister des Innern Dr. Benesch hat Montag früh an die Völkervereinigung eine Note über die Ereignisse in Westungarn geschickt. Die Note ist gleichzeitig an die Regierung der Großmächte geschickt und der russischen und der tschechischen Regierung mitgeteilt worden. Die Note lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Ereignisse in Westungarn und bemerkt, daß die tschechische Regierung, ohne sofort unterzulegen zu wollen, in erdige direkte Verantwortung trifft, mit dem Bemerkung sei und die Lage für vollkommen unerschütterlich halte.

Entente-Ultimatum an Ungarn?

Die „Times“ melden, es sei möglich, daß die Völkervereinigung eine sehr energiegelade Note, vielleicht ein Ultimatum an Ungarn richten werde, in dem die Zurückziehung der ungarischen Verbände aus dem Burgenland gefordert wird. Es wird nicht erwartet, daß englische Truppen in Mitleid treten, selbst falls weitere Operationen beschlossen werden sollten. Wenn Italien bei seiner Abneigung gegen die Entsendung italienischer Truppen verharren sollte, so würde es geraten sein, dem tschech-slowakischen Völkervereinigung ein entsprechendes Mandat zu erteilen.

Der österreichische Anschließungsplan lebt wieder auf.

In Wien kann man sich nicht vorstellen, daß durch die Haltung Ungarns in der weisungarischen Frage dem Völkervereinigung der Entente Abbruch geschehen sei. Man spricht viel von der Erfüllung des tschech-slowakischen Völkervereinigung, denn namens der Entente hatte der Kanzler dem österreichischen Völkervereinigung der Alliierten und die weisungarischen Komitate versprochen. Man gebe man ihm weder das eine noch das andere, und es sehr leicht ist, daß es getätigt werden sei und daß es in der Tat, in dem Sinne nicht geschehen sollte.

Die Wahl der Soldatenräte in Oesterreich.

Die Wahl der Soldatenräte für das Bundesgebiet ist vollkommen sozialdemokratisch und kommunistisch ausgefallen. Zur Wahl gelangten 400 Soldatenräte, zwei für jede Kompanie. Die Kommunisten erhielten 48 Mandate. Die Sozialdemokraten nur sehr wenig.

Englische Arbeitslose für den Wiederaufbau in Nordfrankreich.

200 Arbeitslose sind am Dienstag nach Frankreich abgereist, um bei den Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet Verwendung zu finden. Weitere Truppen Arbeitsloser sollen folgen.

Rückzug der Griechen in Kleinasien.

Die „Times“ berichten aus Konstantinopel, daß die Griechen nach dem Schloge von Anzora sich nach Westen zurückziehen haben. Der griechische Generalstab sei der Ansicht, daß es unmöglich sei, die Schlacht in der Gegend, die er jetzt befehligt, weiterzuführen.

Spanische Erfolge in Marokko.

Offiziell wird aus Melilla gemeldet, daß die Kolonne des Generals Cabanella ohne eigene Verluste verschiedene Dörfer besetzt hat. Die Marine arbeitet mit dem Landheer Hand in Hand. Am Dienstag wurde Ceuta-Spanien von den Spaniern ebenfalls ohne Verluste besetzt. Die Aufständischen haben mehrere Tote und Verwundete zurückgelassen.

Aus Stadt und Umgebung

Der Exzerzierplatz südlicher Beih.

* Wie wir erfahren, ist es unserer Stadt gelangt den Exzerzierplatz als südlicher Beih zum Reichsamt nach sich zu erwerben. Die Verhandlungen hierüber schwebten schon seit Jahren. Auf dem Exzerzierplatz soll ein Siedlungsunternehmen 600 Wohnungen erbauen, was für einen großen Fortschritt bei der Wohnungsfrage unserer Stadt bedeuten würde.

Das Abiturientenfest

* Am hiesigen Domgymnasium fand heute unter Vorherrschaft des Direktors Dr. Villina die Herbstprüfung statt. Beide Oberprimaner Hans E. Cohn und Werner von der Lanke, sowie der Sekundarprimar Hans E. Cohn, Sohn des Oberlandesgerichts-Rats, und Helmuth Steinicke, Sohn der Witwe Steinicke, haben die Prüfung bestanden.

Hans Sachs-Fest in Lauchstedt

* Das liebliche Nachbarkindchen Lauchstedt sah Sonntag wieder ein farbenfrohes Bild junger Mädchenbänder, in dem die schönsten Gesichter und unter den mächtigsten Bannern des Strubbuspartes in würdiger Feier Hans Sachs zu gedenken. Wie schon im vorigen Jahr, hatten sich mehrere Chöre aus der hiesigen Umgebung zusammengefunden und gaben sich hier ein Gelächern. Das Lyzeum von Merseburg und Weissenfels trat hier mit dem von Vitterfeld, Giesleben und Jena. Mit unerschütterlicher Kraft und Liebe war das Programm vorbereitet worden, und nach der von einem hiesigen Gouppeprobe a. M. Sonntagmorgen der Jugendbühne hätte alle die Arbeit wahrlich ein schönes Festtagsweber verdient gehabt; fast dessen hätte sich der Himmel immer noch in Graue, als vor 10 Uhr die Abfahrt aus Merseburg erfolgte. Nach kurzer Fahrt und Vorbereitung sammelten sich die Scharen der Mädchen im Goethepark und ließen den Namen bis auf den letzten Pfahl. Geöffnet wurde die Feier von einem herrlichen Klavierkonzert aus Richard Wagners „Meisterfingern“. Alsdann erläuterte Herr Studienassessor Dr. Wiegmann a. M. Merseburg in einem lehrreichen und interessanten Vortrag Hans Sachs' Bedeutung in Meißnergegend, die durch die heiligen Verordnungen aus dem Meißner Federbriefen durch die Aufführung des Festes von einem herrlichen Licht gelehrt wurde. Merseburg hat „Das Gedächtnisfest Peter mit den Landtschnecken“, Giesleben das in der Gegenwart besonders tief erregende und verständliche „Frau Wahrheit findet keine Herberge“, das Lyzeum von Jena hatte den „Jahrend Schüler im Paradies“ eingelegt, während Weissenfels am Schluß mit dem Schwanz „Das böse Weib mit Worten“, Krantschke die Aufführung eines Reises für die Zukunft geben wollte. Unterbrechungen wurden die mit warmer Hingabe zur Sache aufgeführten Spiele durch mehrere Gongschläge des Merseburger Lyzealers unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn Lehrers Hinkelthaus, sowie zwei Sologänge für Bariton von Herrn Direktor Seele aus Wagners „Meisterfingern“. Nachbeendigung der reichhaltigen Programmsätze, die sich durch das zeitweise Verschwinden des strahlenden Lichtes noch etwas verzögerte, erfolgte der feierliche Festzug in nicht endenloslichen Reihen fröhlichster junger Mädchen zum Rathaus. Am Nachmittag gaben dann einige freie nette alle Vorträge — besonders hervorgehoben sei der Vortragsabend aus dem „Meisterfingern“ — sowie die Festansprache des Studienrichters Krumm e. l. Vitterfeld mit anschließendem Fest auf dem Rathaus, der offiziellen Feier die Schlußfeier. Jeder mußte sein Teil und seinen Teil aufbringen, so daß ihnen das von den Juristen und nicht geringem Eifer veranlaßte Tänzchen erging; immerhin auch die wie alle Teilnehmer den Tag, als die schönsten Erinnerungen mit durchs Leben nehmen.

Abend-Theater-Merseburg

* Der für gestern Abend angesetzt Gesangsabend mit der Kriminal-Komödie „Peter Wolf“, „Der Wunderräuber“ wurde wegen allseitiger Beteiligung des Publikums ausfallen. Damit wurde der Direktion auf neue der Beweis erbracht, daß selbst noch zufrühzeitig erwerbender Adel doch nicht das Vermögen, was der Name Dorette auf Merseburgs Justizhofstadt an Reizen in sich birgt. Wir werden uns also im Juli zum neuen Wunderräuber, dem Herr Direktor Dechant von seinen Vermählungen, auch einmal etwas anderes als Operettenzunder zu bieten, man endlich Abstand nehmen muß.

Der Einheitsverband Deutscher Kriegesbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Merseburg

Hierbei gefest Abend seine gütigste Monatsversammlung im Gasthof „Zur grünen Linde“ ab. Der stellv. Vorsitzende Kamerad Volz begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Kamerad Werlitzka der letzten Niederfahrt, wurde in die Tagesordnung eingetragen. An die Mitglieder wurde noch ein Posten Reichsmarkstücke zu niedrigen Preisen abgegeben. Weiterhin wurde bekanntgegeben, daß im Einverständnis mit den einzelnen Organisationen, die der Stadt, für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Stadt Merseburg, unter Vorkommnis des Mitteldeutschen und Reichsverbandes gekauft werden können. Der Verkauf soll jeden Mittwoch nachmittags stattfinden. Die Verkaufsstelle werden in den hiesigen Zeitungen noch bekannt gegeben. Zur Zeit liegen zum Verkauf aus: Waco-Damenanzüge, Unterhosen, Westen, Damen-, Herren- u. Kinderstrümpfe, Damentaschen, Entlassungsanzüge und Mäntel, Treibriemen, Bettzeug usw. Die Hauptverkaufsstelle beschließt, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen mit Kaufkraft zu ermäßigten Preisen zu beliefern. Eine Weisung wird den Anwesenden zur Einzeichnung vorgelesen. Weitere Bestimmungen nimmt bis zum 25. d. M. Kamerad Volz, der Vorsitzende, mit sich. Der Verkauf wird diesem Termin einlaufende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

In einem Referat über „Unsere Forderungen zur Bekämpfung der Zerstörung“ gibt Kamerad B. C. e. r. ausführliche Mitteilungen. Ein Einverständnis mit allen großen Kriegesbeschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen ist für längerer Zeit der Antrag wie folgt eingeleitet worden: Ein Einverständnis ist so schnell wie möglich zu geben und zwar: 80% in der Driftklasse A., 90% in den Driftklassen B und C 100% in den Driftklassen D und E.

Die erhöhte Zulage ist rückwirkend ab 1. August 1921 zu gewähren. Zur Bekämpfung der unerschöpflichen Notlage muß eine sofortige Disziplinierung im Verordnungsamt eintreten. Weiterhin wurde ein Antrag eingebracht: 1. Erhöhung der §§ 63 und 64; 2. Erhöhung der §§ 28, dafür entsprechende Erhöhung der Grundrente und Zuwiderbesitzungszulage um 25%; 3. Vorkaufsrecht Umanerkennung des alten Grades der Erwerbungsbeschränkung; Antrag 3: Zu den Renten, die noch nicht nach dem R. S. G. 20 in Anspruch genommen sind, ist ein Zuschlag von 100 Prozent zu zahlen. Der ebenfalls als Vorstoß zu betrachten ist.

Letzte Depeschen

Beliebre Verhaftungen in der Nordische Erzberger

München, 14. Sept. (Eig. Drahtber.) Zum Wort an Erzberger wird mitgeteilt, daß es durch das taktische Zugreifen der Radfahrer, Württembergischen und Bayerischen Kriminalbeamten gelungen ist, eine Anzahl Personen zu verhaften, die nach dem bisherigen Ergebnis in Beziehung zu den Tätern stehen. Es handelt sich um Personen, die eine aktive oder passive Rolle spielten, die größtenteils der Maxine angehören und sich seit Wochen oder seit Monaten aufhielten, angeführt um zu händeln.

Es sind dies: Manfred v. Allinger, Ehrhard Rauter, Adolf Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otto Henrich, Karl Schiller, Johann Reue.

V. Allinger ist beschuldigt mit Schulz und Tilschen den Nord besprochen zu haben, ferner hat v. Allinger, um den Würdigen die Straftat zu erleichtern, deren Verhaftung in den Plan der beiden Täter eingeschoben zu sein, aber trotzdem keine Anzeige erstattet zu haben, so daß Schulz und Tilschen den Nord ungehindert ausreisen konnten.

Belier sind 2 Personen festgenommen. Es wurden aber keine Haftbefehle erteilt. Diesen wird Mitwisserschaft zur Last gelegt. Bis jetzt ergibt sich nicht der geringste Verdacht, daß an der Vorbereitung der Tat an ihrer Ausführung oder an der Beihilfe zur Straftat der Würdigen sich selbständige Mithäter oder Bayern beteiligt haben.

Berichtigung der Kontrollkommission?

Berlin, 14. Sept. Nach einer Mitteilung aus Kreisen der internationalen Kontrollkommission ist schon in allerhöchster Zeit mit einer wesentlichen Berichtigung dieser Kommission zu rechnen. Vor allem seien es General, Hoyer, Janow und neuerdings sogar Belier, die nach der deutschen Entschleunigung nur noch die allerwichtigsten Kontrollorgane über die deutsche Waffensubstanz für nötig halten. Frankreich dagegen sei nach wie vor für eine Beteiligung der militärischen Kontrollkommission in letzter höchsten Stärke. General Wolke möchte sie nach seinem letzten Pariser Bericht noch verhärtet wissen.

Der „Simplizissimus“ von der Befugungsbehörde verboten.

Berlin, 14. Sept. Die französische Befugungsbehörde hat den Simplizissimus in Düsseldorf und Duisburg auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Zur bayerischen Ministerpräsidentenwahl.

München, 14. Sept. Der Staatsgerichtshof zufolge wird die Neuwahl des bayerischen Ministerpräsidenten kaum vor zwei bis drei Wochen erfolgen.

Der Generalfiret in Nordfrankreich.

Noubaix, 14. Sept. Infolge des Ausstandes haben fast alle Geschäfte geschlossen. Die Ausständigen brachten die Straßenbahnwagen zum Stillstehen und zertrümmerten eine Anzahl Fensterböden. Deshalb fahren die Bahnen jetzt von Lille kommend nur bis sechs Kilometer an die Stadt heran. Auch in Douroica sind zahlreiche Fensterböden von Bällen eingeschlagen worden.

Paris, 14. Sept. Wie bekannt wird, sind in letzter Nacht bedeutende militärische Verstärkungen nach Lille, Roubaix und Douroica abgegangen.

Japan gibt gegenüber China nach?

London, 14. Sept. „Associated Press“ meldet aus Tokio, Japan sei bereit, ein Verbot gegen die Chinesen herbeizuführen, seine 21 Forderungen aus dem Jahre 1913 zurückzugeben.

Kemalistische Justiz gegen Verächler.

Paris, 14. Sept. Es wird aus Ankara gemeldet, daß die Kemalistische reaktionäre Verfolgung aufhören, die zum Gegenstand der rassen Friedenspolitik hatte. Mehrere Personen wurden im Zusammenhang hiermit verhaftet und hingerichtet. Eine Reihe anderer Personen erwartet noch den Urteilspruch. In der Nationalversammlung von Ankara wurden 27 Deputierte von der Sitzung ausgeschlossen, weil sie mit den Reaktionen sympathisierten.

Staatenzusammenschluß in Mittelamerika.

Newyork, 14. Sept. Die Staaten Guatemala, Honduras und San Salvador haben sich zu einer föderativen Republik zusammengeschlossen.

Kamerad Volz bietet die Anwesenden die außerst gut zusammengestellte und lehrreiche Ausstellung für Gesundheitspflege und Volkswirtschaft in der Turnhalle, Wilhelmstraße, recht zahlreich zu besuchen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß Herr Dr. med. Ehrhardt, Dr. Ritterhage, als städt. Zahnarzt Beratung und Untersuchung von Geschlechtskrankheiten über sich geschicktesten stehenden Personen, bei Beobachtung der Namen der Patienten, kostenlos vornimmt. Die weitere Behandlung erfolgt auf Kosten des Kranken. Nach Erbringung einer geistlichen Mitteilung, schließt Kam. Volz gegen 11 Uhr die Versammlung.

Erhöhte Anwaltsbeiträge ab 1. Oktober d. J.

* Durch das Gesetz über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Anwaltsversicherung vom 23. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt S. 984) sind die Anwaltsbeiträge erhöht worden. Diese sind vom 1. Oktober d. J. nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes an Wochenbeiträgen zu leisten in:

Klasse A bis zu 1000 M.	350 S.-Marten
Klasse B von mehr als 1000 M. bis zu 3000 M.	450 S.-Marten
Klasse C von mehr als 3000 M. bis zu 5000 M.	550 S.-Marten
Klasse D von mehr als 5000 M. bis zu 7000 M.	650 S.-Marten
Klasse E von mehr als 7000 M. bis zu 9000 M.	750 S.-Marten
Klasse F von mehr als 9000 M. bis zu 12 000 M.	900 S.-Marten
Klasse G von mehr als 12 000 bis 15 000 M.	1050 S.-Marten
Klasse H von mehr als 15 000 M.	1200 S.-Marten

Die neuen Beiträge gelten zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1926.

Zum Straßengrund

gehört in unserer Zeit auch das Volkspolizei der Straße. Sinds weiche Gummihüte, wie sie die Mädchen verwenden, mit denen gespielt wird, so mag es gehen. Aber liegt einem ein derartiger Fall vor, so fräglichem Versehenarm gefahrlos, zwischen die Hände, an den Rand oder gar in die Nase, so können recht unangenehme Dinge geschehen. Die Eltern sollten auf die Kinder und Jugendlichen einwirken, daß

Neu geplante Plätze zum Volkspolizei haben als die verkehrreiche Straße.

Liquidation des deutschen Eigentums in Polen.

* Durch polnische Verordnung vom 14. Mai 1921, betr. die Liquidation des deutschen Eigentums in Polen, ist die Liquidation von Privatigentum in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, in als Geschäftsbereich der polnischen Liquidationskommission in Polen das ehemalige preussische Teilgebiet und als Geschäftsbereich der polnischen Liquidationskommission in Warschau das gesamte übrige Gebiet der Republik Polen bestimmt worden. Wenn von dem Liquidationsrecht mit Bezug auf ein bestimmtes Vermögen, Nachlass oder Zinsverfall Gebrauch gemacht wird, wird dies die Liquidationskommission in Warschau durch den polnischen Konsul anwohler (Monitor Polak), die Liquidationskommission in Polen dagegen durch das Konsulat des polnischen Ministeriums für das ehemalige preussische Teilgebiet (Ministerium für die polnischen Angelegenheiten) bekanntzugeben. Der Eigentümer des liquidierten Gegenstandes muß dann binnen 20 Tagen (mehr oder weniger außerhalb Polens außer Acht lassen 6 Wochen) nach der Bekanntmachung der für ihn zuständigen Liquidationskommission seinen Wohnort angeben. Wenn für ihn die Liquidationskommission Warschau zuständig ist, er aber seinen Wohnort außerhalb Warschaus hat, so hat er der Liquidationskommission in Warschau binnen der gleichen Fristen außer seinem Wohnort auch eine in Warschau wohnhafte Person anzugeben, welche zum Empfang der für das Vermögen zu leistenden Beträge ermächtigt ist. In für ihn die Liquidationskommission in Polen zuständig, während er außerhalb des ehemals preussischen Teilgebietes seinen Wohnort hat, so muß er eine in demselben preussischen Teilgebiet wohnhafte Person der Liquidationskommission in Polen bezeichnen. Der Deutsche Gläubiger-Verein für Polen und Litauen in Berlin, Behrenstraße 64, hat einen künftigen Vertreter in Polen, den er seinen Mitarbeiter zur Verfügung stellen würde. Der Gläubiger-Verein für deutsches Vermögen in Polen in Berlin, Friedrichstraße 79a, ist in der Lage, seinen Mitgliedern geeignete Personen in Polen und Warschau zu bezeichnen. Es wird hierbei bemerkt, daß die Liquidation durch den polnischen Staat nach dem Friedensvertrage das Eigentum solcher Personen nicht unterliegt, welche Eigentum in dem Gebiet des ehemals preussischen Teilgebietes am 1. November 1919 — das Eigentum der durch Artikel 5 dieses Abkommens geschützten Personen.

Berathungen, Beratungen usw. in Merseburg.

Seute abend 8 Uhr hält Stadtrat Dr. Ehrhardt in der Ausstellung in der Turnhalle in der Wilhelmstraße einen Vortrag über: Alkohol und Geschlechtskrankheiten. Eintritt frei.

Aus Provinz und Reich

Kaiserliches Reich der Stadt Göttingen.

* Göttingen, 14. Sept. Die Stadtgemeinde Göttingen gibt zur Vindierung des Reingeländes neues, künstlerisch hervorragendes ausgeführtes Papiergeld heraus nach Entwürfen ihres berühmten Sohnes, des allbekannten Zeichners Fritz Koch-Götting. Zur Ausgabe gelangen 4 verschiedene 50 Pfennigstücke mit bei einem Wettbewerb preisgekröntem Entwurf. Die Fritz Koch nach in seiner allabendlichen Darstellung des Reiches dargestellt hat. Außerdem wird die Stadt Göttingen in der Weichler Staatlichen Porzellanmanufaktur, in der das ausgeführte einjährige Porzellan-Fünftücker herausgegeben, die den immer noch stark fehlenden Mangel an Wechselgeld begeben sollen und gleichzeitig eine Denkmünze an die lebenden Reichsvereinigungen darstellen.

Großfeuer.

* Göttingen, 14. Sept. Am Sonntagabend brach auf dem Heberdigen Gut Großfeuer aus. Trotz ansehnlicher Zuhilfenahme der Feuerwehren aus Göttingen und den Nachbarorten konnte nicht außer dem Vieh gerettet werden. Wohnungs-Gemeine und die gesamte Ernte verbrannten. Mit Mühe und Not konnte die Nachbarstadt von dem Flammen verschont werden.

* Fulda, 14. Sept. Großfeuer überfiel in dem benachbarten Dorfe Nagdlos ein Wohnhaus und zwei Scheunen vollständig. Ein zweites Wohnhaus wurde fast vollständig. Weiterhin sind die gesamten Ernteverluste und Vieh. Der beträchtliche Schaden ist nur zu einem kleinen Teil durch Versicherung gedeckt. Die Entschädigungsurteile ist unbekannt.

Münzverfall überfallen.

* Kronach, 13. Sept. Auf der Chaussee Kronachdorf-Gumbelshaus, wurde der Goldhändler H. Abel von einem Unbekannten überfallen und seiner Wertschatz in Höhe von 24750 M. beraubt. Der Täter hatte dem Beraubten durch Schläge mehrere Verletzungen zugebracht, so daß dieser sich einer Operation unterziehen mußte. Der Verbrecher entkam.

Ein rätselhafter Selbstmord.

* Immerstadt (S.-M.), 13. Sept. Der 70jährige Händler Ehr. Doppel von hier ains in die Küst. befallene seinen Leib mit einer brennbaren Flüssigkeit und stürzte diele an. Er wurde mit schweren Brandwunden tot angetroffen. Man nimmt an, daß familiäre Anfechtungen der Grund zur Tat waren.

Einbruchsdiebstahl.

* Wehra, 13. Sept. Auf Schloß Bohrenwerda bei Schloß wurde durch noch nicht ermittelte Einbrecher für 40000 Mark Silberfachen geklaut.

Unmensliche Kinderwörter.

* Gießen, 13. Sept. Aus Nach vertriebene ein 16jähriges bei einer hiesigen Herrschaft bedienstetes Mädchen, das sieben Wochen alte Kind seiner Herrschaft mit einer Dornen zu erschaffen und dann durch Auslegen von Salzwasser zum Tode zu verurteilen. Greulicherweise wurden beide Kinderlebe verbrannt und die verdächtige Person festgenommen.

Großfeuer.

* Kirchberg, 13. Sept. Das Wollager der Spinnerei von S. S. Wolf sen. hier wurde nachts durch Feuer vernichtet. Ausbreitende Feuerwehren waren zur Unterstützung herbeigetroffen. Der Schaden geht in die Millionen; er wird jedoch durch Versicherung gedeckt.

Gründung eines neuen Eisenbahnstrecke in Sachsen.

* Freiberg, 13. Sept. Am 1. Oktober 1921 wird die Kanalstrecke zwischen Weichenbach und Altenberga-Colmnia-Klaundorf bei Freiberg (Sach.) dem öffentlichen Verkehr und Güterverkehr übergeben.

Wettervorhersage

Donnerstag, den 15. Sept. Aufsteigend; Nachlassen der Niederschläge; tagsüber wärmer.

Literarisches

Die Bekämpfung der Grundbesitzerinteressen. Die vertriebenen Grundbesitzer mit teilweise kleinerem Anwesen...

Volkswirtschaft - Handel - Verkehr

Scharfe Preissteigerung auf der Berliner Hantel-Marktion. Einzelne Stoffe bis 50 Prozent teurer! Die 24. Kanton des Allgemeinen Ausverkaufsausschusses...

Kapitalrücknahme der Aktion. Deutscher Kredit-Anstalt Berlin. Die Verwaltung der Aktionären Deutschen Kredit-Anstalt...

Turnen, Spiel und Sport. Berlinische Mitteilung des Ausschusses für die Jugend. Für Sonntag den 17. und Montag den 18. September...

Spiel-Vereinigung 1919 - Wader I-Ring 1:2 (1:1). Eine zahlreiche Zuschauermenge umfing den Platz als...

Wissenschaft gerecht werde. Der Bund Freie Volkswirtschaftler ist es ab 1. das die Kräfte und Werte der Nation aus dem...

Der Saatensfall

eines manchen Mannes rührt davon her, daß das zu wenig Luft aus dem Saatensfall ausgeht...

Aus der Geschichte des Rebhühns

* Rebhühner sind ein absterbender Vögel. Sie stehen zwar schon seit alten Zeiten bei den Feinschmeckern in hohem...

Aus Provinz und Reich

Ein Stredenläufer überfahren

** Halle, 13. Sept. Auf der Straße Leipzig-Salle wurde zwischen Rude 108 und 109 - Schenck-Größelgasse - am...

Millionenunternehmung in der Kreispartoffe Bankleben

† Wausleben, 13. Sept. Der Kreispartoffenbuchhalter Franz Schwedchen wurde hier wegen reichlicher Unterschlagung...

Besserung der Benzolversorgung

† Berlin, 13. Sept. Wie wir hören, haben die aeneidäriten im Gana befindlichen Verträge über die Verwendung eines...

Der Generalvertreter des Atlantik-Konzerns flüchtet

† Breslau, 13. Sept. Der angehende Generalvertreter Hilfsleiter des „Atlantik-Konzerns“ ist von Breslau mit Frau und...

Die Insel St. Vincent von einem Tsunami heimgesucht

† Aus dem Haag, 12. Sept. Auf der Insel St. Vincent, einer der Karibischen Inseln, sind durch einen Tsunami viele...

Die Dede einer Kirche eingestürzt

† Brüssel, 13. Sept. Heute früh ist die Dede der Kirche St. Anna zu Waelbeersberg eingestürzt. Eine Dame und zwei...

bei einem solchen Anzeichen überarbeiten der Behörden das Ansehen des Antrages selber und die Aufsicht darauf...

Die Interalliierte Rheinlandkommission

neuen die Abhaltung des demoralisierenden Vortrages in Köln. Die Verhandlungen des Hauptgeschäftsführers Janien von...

Neuer Rekord des Getreideloses

Alle vier Wochen haben wir im Reich einen neuen Rekord des umlaufenden Papiergeldes. Der Reichsbankausweis vom...

Tabakkonvention der Reichsregierung durch die Kaiserliche Regierung

Wie aus Paris gemeldet wird, wurde über die offizielle Repräsentation der Regierung an der Reichsregierung die Verhandlung...

Eine Debatte des französischen Kreisamtsleiters

Bei der in Paris veranstalteten Fester zur Erinnerung an den Marsch der Kreisamtsleiter Vorhaben eine Rede, in der er sagte: Der Staat hat Frankreich Glück und Zufriedenheit...

Sohnabschied in Frankreich

Da in den letzten Monaten die Selbstmordfälle in Frankreich erheblich zugenommen sind, sind in einer großen Zahl der französischen Soldaten Abschiedsbriefe in Gana...

Die teure Schweiz

Die Subskriptionsliste des Bundesrates hat vorzulegen den Sitz des Bundesrates aus Genf zu verlassen, da die Schweiz zu teuer ist. Die schweizerischen Verhältnisse...

Aus Stadt und Umgebung

Stadtmittelschulische Elternabend

* Versammlung um das Stadtmittelschulische Elternabend. Die Versammlung um das Stadtmittelschulische Elternabend...

Die Provinzialversammlung des Bundes Freie Volkswirtschaftler hat bei ihrer Tagung am 12. September in Halle folgende...

